
N I E D E R S C H R I F T

Niederschrift Nr. 2

Kreisausschuss

am 27.06.2011

Freiherr-vom-Stein-Saal II/III

Beginn 16:00 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Michael Makiolla (ohne)
Brigitte Cziehso (SPD)
Bernd Engelhardt (SPD)
Hartmut Ganzke (SPD)
Wolfgang Kerak (SPD)
Hans-Jörg Piasecki (SPD)
Theodor Rieke (SPD)
Martin Wiggermann (SPD)
Wolfgang Barrenbrügge (CDU)
Günter Bremerich (CDU)
Jörg-Uwe Ebner (CDU)
Hubert Hüppe (CDU)
Wilhelm Jasperneite (CDU)
Herbert Goldmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Andrea Hosang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sigurd Senkel (FDP)
Werner Sell (DIE LINKE.)

Von der Verwaltung

Herr Dr. Timpe, Dez. II
Herr Sparbrod, Dez. III
Herr Hahn, Dez. IV
Herr Göpfert, L LK
Frau Bierwolf-Siegrist, Schriftführerin

Gäste und Zuhörer/innen

Herr Stalz, Kreistagmitglied
Herr Erdmann, Geschäftsführer der SPD-Kreistagfraktion
Herr Pufke, Geschäftsstelle der CDU-Kreistagfraktion
Frau Zemke, Geschäftsstelle der CDU-Kreistagfraktion
Frau Schmidt, Geschäftsführerin der Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
Herr Wette, Geschäftsführer der FDP-Kreistagfraktion
Vertreter der Medien
interessierte Zuhörer/innen
weitere Angehörige der Verwaltung

Herr Landrat Makiolla begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreisausschusses fest und teilt mit, dass zu den Tagesordnungspunkten 13 und 21 Beratungsbedarf von den Fraktionen angemeldet wurde. Sie werden daher von der heutigen Tagesordnung abgesetzt und in der Sitzung des Kreisausschusses am 12. September 2011 beraten. Weiter führt er aus, dass ein Antrag der SPD-Fraktion zum Bundeswehrstandort Unna-Königsborn vorliegt, bei dem Dringlichkeit gegeben ist, da die Entscheidung auf Bundesebene vor der nächsten Sitzung des Kreistages im Oktober erwartet wird. Er schlägt vor, den Antrag als neuen Tagesordnungspunkt 2 zu behandeln. Der Kreisausschuss ist damit einverstanden. Alle anderen Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend. Weitere Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Fragestunde für Einwohner

Punkt 2

Erklärung des Kreistages des Kreises Unna zum Bundeswehrstandort Unna-Königsborn
Antrag der SPD-Fraktion vom 20.06.2011

Punkt 3

060/11

Wahl eines weiteren Mitglieds in den Aufsichtsrat der Verkehrsgesellschaft für den Kreis Unna mbH (VKU)

Punkt 4

104/11

Ersatzwahlen

Punkt 5

078-1/11

Abnahme des Jahresabschlusses 2009 und Entlastung des Landrates

Punkt 6

068/11

Entwurf des Jahresabschlusses 2010

Punkt 7

065/11

Budgetbericht zum Stichtag 31.03.2011

Punkt 8

095/11

Konsolidierungsstrategie für die Kosten der politischen Gremien

Bericht des Landrates über die Ermittlung von Konsolidierungspotenzialen im Rahmen der strategischen Beratung durch S/E/

Punkt 9

077/11

Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung;

Abschlussbericht von Rödl & Partner GbR zur Untersuchung der „Hilfen zur Erziehung“

Punkt 10

116/11

Juristische Unterstützung der betroffenen Kommunen im Kampf gegen die Ausweitung der Betriebszeiten des Flughafens Dortmund

- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 03.06.2011 -

Punkt 11

086/11

Richtlinien „Ausgleichsleistungen im Schülerverkehr“ und „Fahrzeugförderung“

- Sachstandsbericht

Punkt 12

123/11

Demografiebericht der Kreisverwaltung Unna – Entwicklung des Personals 2011 - 2025

Punkt 13

114/11

Bereitstellung von Ausbildungsplätzen für das Einstellungsjahr 2012

Punkt 14

106/11

Auf dem Weg zu einer inklusiven Schullandschaft: Kompetenzzentren im Kreis Unna

Punkt 15

073/11

Schulentwicklungsplanung – Planung der Zukunft für die Berufskollegs im Kreis Unna

- Antrag der FDP-Fraktion vom 10.05.2011

Punkt 16

100-1/11

Bildungs- und Teilhabepaket;

- Sachstandbericht der Verwaltung
- Beschlussfassung zur Zuständigkeit

Punkt 17

101/11

Abschluss einer neuen Vereinbarung zur Durchführung der Frühförderung im Kreis Unna unter Berücksichtigung der geänderten Zugangssteuerung

Punkt 18

103/11

Optimierung der Wohn- und Pflegeberatung sowie der Psychosozialen Beratung und Begleitung (PSB)

Punkt 19

119/11

Erlass von vier Satzungen über die Erhebung von Gebühren auf dem Gebiet der Fleischhygiene / Geflügelfleischhygiene außerhalb öffentlicher Schlachthöfe, für den EG-Schlachthof Unna / Fa. FVV Jedowski, den EG-Schlachthof Lünen / Fa. Milk & Beermann sowie den EG-Schlachtbetrieb

Punkt 20

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 21

122/11

Erstellung einer Machbarkeitsstudie und Konzeption einer Breitbandstrategie für den Kreis Unna

-Vergabe des Auftrages-

Punkt 22

111/11

Auf dem Weg zu einer inklusiven Schullandschaft: Kompetenzzentren im Kreis Unna;

Auftragsvergabe

Punkt 23

067/11

Erweiterung des Lippe Berufskollegs in Lünen

- Vergabe des Auftrags über Rohbauarbeiten -

- Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses -

Punkt 24

081/11

Erweiterung des Lippe Berufskollegs in Lünen

- Vergabe des Auftrags über Metallbauarbeiten -

Punkt 25

092/11

Erweiterung des Lippe Berufskollegs in Lünen

- Vergabe des Auftrags über Sanitärarbeiten -

Punkt 26

107/11

Erweiterung des Lippe Berufskollegs in Lünen

- Vergabe des Auftrags über Elektroarbeiten -

Punkt 27

108/11

Erweiterung des Lippe Berufskollegs in Lünen

- Vergabe des Auftrags über Heizungs- und Lüftungsarbeiten -

Punkt 28

109/11

Erweiterung des Lippe Berufskollegs in Lünen

- Vergabe des Auftrags über Schlosserarbeiten -

Punkt 29

110/11

Erweiterung des Lippe Berufskollegs in Lünen

- Vergabe des Auftrags über Dachabdichtungsarbeiten -

Punkt 30

115/11

Erweiterung des Lippe Berufskollegs in Lünen

- Vergabe des Auftrags über Errichtung der Metallfassade -

Punkt 31

118/11

Umgestaltung der Gartenanlage von Haus Opherdicke in Holzwickede

- Vergabe des Auftrags -

Punkt 32

117/11

Erwerb eines Unimog für den Bauhof

- Vergabe des Auftrags -
- Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses -

Punkt 33

061/11

Neubau der K 44n „Südumgehung“ in Selm

- Vergabe des Planungsauftrags -

Punkt 34

066/11

Deckenerneuerung auf zwei Kreisstraßen

- Losweise Vergabe der Aufträge -
- Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses -

Punkt 35

096/11

Erwerb einer Fläche im NSG »Lippeaue Selm« zur Arrondierung der dortigen kreiseigenen Flächen

Punkt 36

097/11

Erwerb einer Wegeparzelle in Lünen-Brambauer im Zuge der Umsetzung von Landschaftsplan-Festsetzungen

Punkt 37

098/11

Flächentausch in Unna-Hemmerde zum Zwecke des Naturschutzes

Punkt 38

099/11

Flächenerwerb in Fröndenberg zur Optimierung des Rammbaches und der Rammbachaue

Punkt 39

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Fragestunde für Einwohner

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

Punkt 2

Erklärung des Kreistages des Kreises Unna zum Bundeswehrstandort Unna-Königsborn

Antrag der SPD-Fraktion vom 20.06.2011

Erörterung

Frau Cziehso erläutert den Antrag (s. Anlage). Der Bundeswehrstandort Unna-Königsborn habe große Bedeutung im gesamten Kreisgebiet. Im Herbst diesen Jahres stünde auf der Bundesebene die Entscheidung über die zukünftig verbleibenden Standorte an. Es werde daher für wichtig gehalten, dass der Kreistag sich für den Erhalt des Standortes in Unna einsetze. Der Landrat und die Bürgermeister hätten bereits vor einiger Zeit ein Schreiben an das zuständige Bundesministerium versandt, da mit einer Entscheidung vor der Sommerpause zu rechnen und keine Sitzung des Kreistages anberaumt war. Durch die Verschiebung der Entscheidung in den Herbst bestünde nunmehr die Möglichkeit, zu handeln.

Herr Senkel weist darauf hin, dass in Absprache mit dem Antragsteller eine textliche Änderung vorgeschlagen werde. Der erste Satz der Erklärung solle lauten: „Der Kreistag des Kreises Unna spricht sich für die Erhaltung des Bundeswehrstandortes Unna-Königsborn aus.“

Frau Cziehso erklärt die Zustimmung ihrer Fraktion zu dieser Änderung.

Beschluss

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Erklärung des Kreistages des Kreises Unna zum Bundeswehrstandort Unna-Königsborn – Antrag der SPD-Fraktion vom 20.06.2011 – wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (1 Gegenstimme der Fraktion DIE LINKE.)

Punkt 3

060/11

Wahl eines weiteren Mitglieds in den Aufsichtsrat der Verkehrsgesellschaft für den Kreis Unna mbH (VKU)

Beschluss

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Kreistag entsendet für die Dauer der Wahlzeit des Kreistages Frau Anke Schneider in den Aufsichtsrat der Verkehrsgesellschaft für den Kreis Unna mbH (VKU).

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 4

104/11

Ersatzwahlen

Erörterung

Frau Cziehso teilt mit, dass die SPD-Fraktion eine Nachbesetzung für den Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz vornehmen müsse. Dies sei noch nicht endgültig abgeschlossen. Die Personen würden in der morgigen Sitzung benannt.

Beschluss

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Herr Andreas Czichowski wird zum ordentlichen Mitglied und Herr Franz-Walter Fressdorf zum stellvertretenden Mitglied in den Ausschuss für Planung und Verkehr,
2. Herr Thomas Wolter wird zum ordentlichen Mitglied und Herr Dieter Albert zum stellvertretenden Mitglied in den Schulausschuss gewählt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 5

078-1/11

Abnahme des Jahresabschlusses 2009 und Entlastung des Landrates

Erörterung

Herr Senkel führt als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses aus, dass sich der Ausschuss in seiner Sitzung am 01. Juni 2011 mit dem Jahresabschluss 2009 intensiv auseinander gesetzt und den folgenden Beschlussvorschlag einstimmig empfohlen habe.

Beschluss

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

- Der vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüfte Jahresabschluss des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2009 wird mit einer Bilanzsumme von 353.044.845,40 € und einem Jahresüberschuss von 831.435,25 € festgestellt,
- dem Landrat wird gem. § 96 Abs. 1 GO NRW Entlastung erteilt und
- der Jahresüberschuss von 831.435,25 € wird der allgemeinen Rücklage zugeführt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 6

068/11

Entwurf des Jahresabschlusses 2010

Beschluss

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

Der am 20.05.2011 vom Kämmerer aufgestellte und vom Landrat bestätigte Entwurf des Jahresabschlusses 2010 (einschl. Anlagen) wird zur weiteren Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss überwiesen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 7

065/11

Budgetbericht zum Stichtag 31.03.2011

Erörterung

Der Budgetbericht des Kreiskämmerers zum Stichtag 31.03.2011 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 8

095/11

Konsolidierungsstrategie für die Kosten der politischen Gremien

Bericht des Landrates über die Ermittlung von Konsolidierungspotenzialen im Rahmen der strategischen Beratung durch S/E/

Erörterung

Herr Landrat Makiolla führt aus, dass der vorgelegte Bericht als Grundlage für die weiteren politischen Beratungen dienen solle. Nach den Herbstferien werde er die Vorsitzenden der Fraktionen und Gruppen zu einem Gespräch zur Abstimmung des weiteren Vorgehens einladen.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 9

077/11

Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung;

Erörterung

Herr Rieke weist darauf hin, dass zu den im Beschlussvorschlag formulierten Maßnahmen das Einverständnis aus den politischen Gremien der drei beteiligten Kommunen vorläge. Gleichzeitig sei eine erste Berichterstattung zum Ende des Jahres 2012 eingefordert worden.

Herr Goldmann teilt mit, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wie in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 14. Juni auch, in der morgigen Sitzung des Kreistages die getrennte Abstimmung der Punkte 1 bis 3 sowie des Punktes 4 beantragen werde.

Auf eine Beschlussempfehlung wird verzichtet.

Punkt 10

116/11

Juristische Unterstützung der betroffenen Kommunen im Kampf gegen die Ausweitung der Betriebszeiten des Flughafens Dortmund

- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 03.06.2011 -

Erörterung

Herr Landrat Makiolla informiert darüber, dass er die Bürgermeister der betroffenen Kommunen über den Antrag in Kenntnis gesetzt und befragt habe, ob sie eine juristische Unterstützung wünschen. Aktuell liege ihm eine Antwort der Kreisstadt Unna vor, die sich vorstellen könne, dass der Kreis die Kosten der Gutachten trage. Er wolle die Bürgermeisterkonferenz am 29. Juni dazu nutzen, die Frage zu klären, ob Unterstützung gewünscht werde und wenn ja, in welcher Form diese erfolgen solle. Daher könne heute bzw. morgen seiner Meinung nach nicht abschließend über den Antrag entschieden werden. Er weist darauf hin, dass die Kreisverwaltung nicht über ein besonderes luftverkehrsrechtliches Know-How verfüge. Dies läge am ehesten bei der Kreisstadt Unna, die seit Jahrzehnten alle juristischen Möglichkeiten gegen den Ausbau des Flughafens ausgeschöpft habe. Der Kreis sei als Träger öffentlicher Belange für den Bereich Gesundheit von der zuständigen Bezirksregierung in Münster aufgefordert worden, ebenfalls eine behördliche Stellungnahme abzugeben. Die Abgabefrist konnte verlängert werden bis Ende Oktober 2011, so dass eine Beratung der Stellungnahme sowohl im September im Ausschuss für Planung und Verkehr als auch im Oktober im Kreisausschuss und Kreistag erfolgen könne. Er schlage vor, im Rahmen dieser Sitzungen ebenfalls über den vorliegenden Antrag zu beraten.

Herr Goldmann weist darauf hin, dass der Ausbau des Flughafens und der Widerstand dagegen den Kreis seit mehr als 20 Jahre begleite. Es solle im Sinne der Betroffenen nicht noch eine weitere Resolution beschlossen, sondern mehr getan werden. Seiner Meinung nach sei ein gemeinsames Meinungsbild zwischen Kreis und Kommunen, soweit es politisch gewünscht sei, zu formulieren. Zudem sollten im Dialog mit den Bürgermeistern und Räten die juristischen Voraussetzungen für ein abgestimmtes Vorgehen in

einem verwaltungsgerichtlichen Verfahren geschaffen werden. Insofern könne über den vorliegenden Antrag in der morgigen Sitzung des Kreistages abgestimmt werden. Dies sei ein wichtiges politisches Signal für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger. Sollte es bei einer der kreisangehörigen Kommunen entsprechenden juristischen Sachverstand geben, könne dieser ggfls. für alle Beteiligten genutzt werden. Ansonsten könne ein externes Gutachten unter Kostenteilung in Frage kommen.

Lt. Herrn Jasperneite sei die Auffassung des Landrates über das weitere Vorgehen nachvollziehbar. Der Antrag in seiner jetzigen Form werfe einige Fragen auf, die erst zu klären seien, bevor eine Entscheidung getroffen werden könne. Im Falle einer morgigen Abstimmung erhalte der Antrag von der CDU-Fraktion keine Zustimmung.

Frau Cziehso schließt sich ebenfalls dem Vorschlag des Landrates an. Die Verlängerung der Betriebszeiten werde von der SPD-Fraktion kritisch gesehen. Eine Entscheidung über das weitere Vorgehen müsse aber auf einer sachlich fundierten Basis getroffen werden, die von der Verwaltung zu erarbeiten und sowohl im Fachausschuss als auch danach im Kreistag zu diskutieren sei.

Die FDP-Fraktion unterstütze die vom Landrat vorgeschlagene Vorgehensweise, so Herr Senkel. Auch ihm zeigten sich für das weitere Verfahren Unklarheiten, die zu beseitigen seien, wie z.B. die Frage nach Zuständigkeiten bzw. Verpflichtung der einzelnen Kommunen zum eigenständigen Handeln, Aufteilung von Kosten usw. Dies müsse zuerst mit den Bürgermeistern geklärt werden, bevor weiter beraten und entschieden werden könne.

Lt. Herrn Sell teile die Fraktion DIE LINKE. diese Haltung.

Es ginge hier nicht um die inhaltliche Zielrichtung des Antrages, so der Landrat. Vielmehr stelle ihn das Verfahren, das bei einem Beschluss Kosten zur Folge habe, vor dem Hintergrund der finanziellen Lage der Kommunen und des Kreises vor das Problem, Akzeptanz bei den beteiligten Bürgermeistern zu erreichen. Daher halte er es, wie vorgeschlagen, für sinnvoller, zuerst das Gespräch in der Bürgermeisterkonferenz zu suchen und dort das weitere Verfahren abzustimmen. Ansonsten seien Widerstände zu erwarten, die zum Nachteil für diejenigen gereichen würden, um die es hier ginge, nämlich die betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner. Aufgrund der Fristverlängerung müsse eine Entscheidung jetzt nicht getroffen werden, sondern könne ausgewogen und fundiert nach Beratung in der Sitzung des Kreistages im Oktober erfolgen.

Herr Ganzke plädiert für eine einvernehmliche Regelung in dieser Angelegenheit. Die heutige Beratung habe gezeigt, dass sich alle Fraktionen über eine ablehnende Haltung gegen den Ausbau der Betriebszeiten des Flughafens einig seien. Dies solle sich im gemeinsamen Auftreten nach außen widerspiegeln.

Herr Goldmann teilt mit, dass er Teile der heutigen Diskussion vor der morgigen Kreistagsitzung noch in seiner Fraktion beraten wolle. Er stellt klar, dass es nicht Intention des Antrages gewesen sei, dass der Kreis sämtliche Kosten der Gutachten trage. Vielmehr ginge es im Zuge juristischer Unterstützung um ein geschlossenes Auftreten der Beteiligten gegenüber der zuständigen Aufsichtsbehörde. Damit sei eine stärkere Wirkung zu erreichen.

Aufgrund des bestehenden Beratungsbedarfs wird auf eine Beschlussempfehlung verzichtet.

Punkt 11

086/11

Richtlinien „Ausgleichsleistungen im Schülerverkehr“ und „Fahrzeugförderung“

- Sachstandsbericht

Der Sachstandsbericht zu den Ausgleichsleistungen für die Beförderung von Personen mit Zeitfahrausweisen im Ausbildungsverkehr und zur Richtlinie zur Gewährung für Fahrzeuge und Förderung der Servicequalität im ÖPNV wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 12

123/11

Demografiebericht der Kreisverwaltung Unna – Entwicklung des Personals 2011 - 2025

Erörterung

Der vorliegende Bericht werde Grundlage sein für Beratungen sowohl innerhalb der Verwaltung als auch in den politischen Gremien, so der Landrat. Aktuell werde er einfließen in den Bericht zur Entwicklung der Ausbildungssituation bei der Kreisverwaltung.

Lt. Frau Cziehso werde sich die SPD-Fraktion im Herbst mit diesen Informationen auseinander setzen.

Der von der Kreisverwaltung Unna erstellte Demografiebericht wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 13

114/11

Bereitstellung von Ausbildungsplätzen für das Einstellungsjahr 2012

Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass es im Rahmen der Konsolidierungsmaßnahmen den Auftrag zur Erstellung eines Berichtes zur mittelfristigen Planung der Ausbildung bei der Kreisverwaltung gegeben habe. Dieser Bericht habe aus verschiedenen Gründen leider noch nicht bis zur heutigen Sitzung gefertigt werden können. Er solle nach den Sommerferien zur Beratung in der Sitzung des Kreisausschusses im Oktober vorgelegt werden. Bis dahin würden keine Einstellungen von Auszubildenden vorgenommen. Das Verfahren werde vorbereitet, da in jedem Fall Auszubildende benötigt würden. In der Regel erfolge die Zusage für die Vergabe der Ausbildungsplätze im Dezember. Er schlage unter diesen Voraussetzungen vor, heute keinen Beschluss zu fassen sondern, den Vorschlag zur Kenntnis zu nehmen und die Entscheidung auf der Grundlage des Berichtes im Oktober zu treffen.

Herr Senkel äußert Bedenken, das Auswahlverfahren bereits zu starten, ohne zu wissen, ob die ausgeschriebenen Plätze tatsächlich besetzt würden. Hier wecke man falsche Hoffnungen.

Lt. Herrn Landrat Makiolla werde durch den heute vorgelegten Demografiebericht zweifelsfrei nachgewiesen, dass für bestimmte Ausbildungsberufe Auszubildende benötigt würden. In der bisherigen politischen Diskussion dieses Themas seien keine grundsätzlichen Bedenken gegen eine bedarfsgerechte Ausbildung geäußert worden. Strittig seien lediglich die Bereiche gewesen, in denen über Bedarf ausgebildet worden sei. Daher sein Vorschlag, zumindest für die bedarfsgerechte Ausbildung das Ausschreibungsverfahren zu starten. Dies vor allem vor dem Hintergrund, dass es zunehmend schwieriger werde, gute Auszubildende zu finden. Je später ein Auswahlverfahren starte, um so geringer würden die Möglichkeiten.

Herr Piasecki bestätigt dies aus eigener beruflicher Erfahrung. Es müsse Ziel sein, die Kreisverwaltung personell gut ausgestattet und qualifiziert aufzustellen.

Aufgrund des Demografieberichtes sei unschwer zu ermitteln, so Herr Jasperneite, in welchen Bereichen Ausbildungsbedarf bestehe und wo Zurückhaltung angebracht sein könne, so dass insoweit die Ausschreibungen erfolgen könnten. Für die strittigen Ausbildungsplätze schlage er ein Gespräch zwischen den Fraktionsvorsitzenden vor.

Der Landrat schlägt vor, diesem Vorschlag zu folgen.

Herr Senkel bleibt bei seinen Bedenken. Darauf hin wird über seinen Antrag abgestimmt, das Ausschreibungsverfahren erst nach Vorlage des Berichtes und Beschlussfassung in der Sitzung des Kreisausschusses im Oktober zu starten.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt (16 Nein-Stimmen, 1 Ja-Stimme der FDP-Fraktion)

Es werde mit dem Ausschreibungsverfahren jetzt gestartet, so Herr Landrat Makiolla. Er greife aber den Vorschlag von Herrn Jasperneite zu einer kurzfristigen Vereinbarung über die strittigen Bereiche mit den Fraktionsvorsitzenden auf. Ungeachtet dessen werde der Bericht der Verwaltung zur Entwicklung der Ausbildung bei der Kreisverwaltung im Oktober vorgelegt.

Mit diesem Verfahren erklären sich die Mitglieder des Kreisausschusses einverstanden.

Punkt 14

106/11

Auf dem Weg zu einer inklusiven Schullandschaft: Kompetenzzentren im Kreis Unna

Der Tagesordnungspunkt wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Punkt 15

073/11

Schulentwicklungsplanung – Planung der Zukunft für die Berufskollegs im Kreis Unna

- Antrag der FDP-Fraktion vom 10.05.2011

Erörterung

Herr Landrat Makiolla schlägt vor, den Antrag der FDP-Fraktion zur Beratung in den Schulausschuss zu verweisen und das Ergebnis sowohl im Kreisausschuss als auch im Kreistag vorzulegen.

Herr Senkel als Vorsitzender der antragstellenden Fraktion erklärt sich mit dieser Regelung einverstanden.

Herr Jasperneite fragt nach, inwieweit dem im Antrag genannten 10-Jahres-Zeitraum zu folgen sei.

Herr Dr. Timpe erläutert, dass die derzeitige Rahmenplanung sich ebenfalls auf einen Zeitraum von 10 Jahren (2005 – 2014) beziehe. Die weitere Vorgehensweise werde zu beraten sein vor dem Hintergrund der 75 zu betrachtenden Ausbildungsgänge, unter Berücksichtigung des Berichts der Gemeindeprüfungsanstalt und der im September vorliegenden Anmeldezahlen der Berufskollegs. Dies solle in der nächsten Sitzung des Schulausschusses erfolgen.

Aufgrund des Einverständnisses der FDP-Fraktion schlägt der Kreisausschuss dem Kreistag vor, die Beratung in den Schulausschuss zu verweisen.

Punkt 16

100-1/11

Bildungs- und Teilhabepaket;

- Sachstandbericht der Verwaltung
- Beschlussfassung zur Zuständigkeit

Erörterung

Herr Landrat Makiolla führt aus, dass mit der Vorlage zum Bildungs- und Teilhabepaket u.a. die Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 18.05.2011 beantwortet werde. Die ursprüngliche Vorlage sei um den Bereich der Schulsozialarbeit ergänzt worden, so dass der heutigen Beratung die Sitzungsvorlage DRSNr. 100-1/11 zugrunde liege. Hierzu gebe es einen Antrag der SPD-Fraktion.

Aus dem Text der Vorlage ergebe sich eine Empfehlung des Landkreistages, so Frau Hosang, über die Verwendung der Mittel für die Schulsozialarbeit noch nicht zu entscheiden, da hierzu nähere Bestimmungen fehlten.

Herr Sparbrod erläutert, dass es zwar noch keine genaueren Regelungen hierzu gebe, er aber den für den Kreis Unna erarbeiteten Vorschlag dem zuständigen Ministerium vorgestellt habe und von dort kein Widerspruch formuliert worden sei. Sollte bis zum geplanten Einsatz der Mittel die Regelung nicht vorliegen, werde dem Ministerium die vorgesehene Verwendung zur Genehmigung angezeigt und nur umgesetzt, wenn

Zustimmung erteilt werde. Dies sei bei vielen Kreisen und Städten gängige Praxis. Hintergrund sei, dass möglichst zu Beginn des kommenden Schuljahres mit der Umsetzung der Maßnahme und Aufnahme der Tätigkeit begonnen werden solle.

Für Herrn Hüppe ist es von Wichtigkeit, dass die geplanten Maßnahmen über das, was bereits in den Kommunen an Schulsozialarbeit geleistet werde, hinaus gehe.

Lt. Herrn Sparbrod gebe es keine flächendeckende Schulsozialarbeit im Kreis. Zudem sei es wichtig, dass die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes auf diesem Weg erfolge.

Die ergänzte Vorlage werde lt. Frau Cziehso ausdrücklich begrüßt, da damit die Möglichkeit geschaffen werde, die Mittel zeitnah für die Umsetzung der Aufgaben zu verwenden. Für die SPD-Fraktion sei, wie in ihrem Antrag formuliert, die Weiterentwicklung des Managements Übergang Schule/Beruf dabei von besonderer Bedeutung.

Herr Dr. Timpe teilt mit, dass das dargelegte Verfahren mit allen Schulträgern im Kreis abgestimmt und eine zügige Umsetzung vereinbart worden sei. Es gebe an den insgesamt rd. 150 Schulen im Kreisgebiet 41 Stellen der Schulsozialarbeit, so dass Bedarf zur Ausweitung bestehe. Die zur Verfügung stehenden Mittel würden in Absprache mit den Schulen zusätzlich eingesetzt. Die Wahrnehmung der Aufgaben solle mit Beginn des neuen Schuljahres erfolgen. Daher dränge bereits die Zeit.

Herr Landrat Makiolla ergänzt die Ausführungen darum, dass die Schulsozialarbeit nur ein Teil des Bildungs- und Teilhabepaketes sei, allerdings der Bereich, der am ehesten umzusetzen sei. In allen anderen Bereichen gebe es eine Überbürokratisierung, die bei den Ausführenden erhebliche Ressourcen binde und die Frage aufwerfe, ob die Mittel damit zielführend eingesetzt werden könnten.

Sodann lässt er über den Antrag der SPD-Fraktion vom 21.06.2011 abstimmen.

Beschluss

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschluss zu fassen:

In den Berufskollegs des Kreises werden die zusätzlichen Mittel für Schulsozialarbeit gezielt zur Verbesserung der Berufsorientierung und Förderung der Ausbildungsreife der Schülerinnen und Schüler ohne Ausbildungsvertrag eingesetzt und so zur dringend notwendigen systematischen Qualifizierung des Übergangs Schule-Beruf genutzt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Der in der Sitzungsvorlage DRSNr. 100-1/11 formulierte Beschlussvorschlag wird unter Ergänzung des Antrages der SPD-Fraktion vom 21.06.2011 zur Abstimmung gestellt.

Beschluss

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschluss zu fassen:

- Der Sachstand zur Umsetzung der Bildungs- und Teilhabepaketes wird zur Kenntnis genommen.
- Der Kreis Unna erbringt die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes nach dem Bundeskindergeldgesetz (für Kinder und Jugendliche im Wohngeld- oder Kinderzuschlagsbezug) selbst, ohne von der Delegationsmöglichkeit auf die kreisangehörigen Kommunen Gebrauch zu machen.
- Die Delegationssatzung für die Aufgaben nach dem SGB XII wird entsprechend der Anlage 2 so geändert, dass der Kreis Unna die Leistungen für das Bildungs- und Teilhabepaket auch für Kinder und Jugendliche im SGB XII-Bezug erbringen kann.
- Darüber hinaus wird der Landrat ermächtigt, mit den kreisangehörigen Kommunen auf der Grundlage von Anlage 4 eine öffentlich-rechtliche Verwaltungsvereinbarung zu schließen, wonach der Kreis Unna auch für Kinder und Jugendliche, die sog. Analogleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, das Bildungs- und Teilhabepaket umsetzen kann.
- Der Verteilung der zusätzlichen Mittel für Schulsozialarbeit auf die Städte und Gemeinden des Kreises Unna nach dem vorgeschlagenen Verteilungsschlüssel und der vorgeschlagenen Verwendung der auf den Kreis als Schulträger entfallenen Mittel wird zugestimmt.
- In den Berufskollegs des Kreises werden die zusätzlichen Mittel für Schulsozialarbeit gezielt zur Verbesserung der Berufsorientierung und Förderung der Ausbildungsreife der Schülerinnen und Schüler ohne Ausbildungsvertrag eingesetzt und so zur dringend notwendigen systematischen Qualifizierung des Übergangs Schule-Beruf genutzt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 17

101/11

Abschluss einer neuen Vereinbarung zur Durchführung der Frühförderung im Kreis Unna unter Berücksichtigung der geänderten Zugangssteuerung

Beschluss

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

- Dem Abschluss einer neuen Vereinbarung gemäß § 75 Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch – Sozialhilfe – (SGB XII) mit der gemeinnützigen Gesellschaft für Frühförderung und Frühtherapie Unna mbH zur Durchführung der Frühförderung ab dem 01.07.2011 wird zugestimmt.
- Die Eckpunkte für einen niedrighschwelligen Zugang zur Frühförderung nach Änderung der Zugangssteuerung werden zur Kenntnis genommen. Sie sollen als Basis für die nach der Sommerpause vorzulegende Zielvereinbarung zwischen Politik und Verwaltung dienen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 18

103/11

Optimierung der Wohn- und Pflegeberatung sowie der Psychosozialen Beratung und Begleitung (PSB)

Erörterung

Es werde bis zur morgigen Sitzung des Kreistages zu diesem Thema eine interfraktionelle Einigung angestrebt, so Herr Landrat Makiolla. Er schlage daher vor, heute keine Beschlussempfehlung abzugeben.

Der Kreisausschuss erklärt sich damit einverstanden.

Punkt 19

119/11

Erlass von vier Satzungen über die Erhebung von Gebühren auf dem Gebiet der Fleischhygiene / Geflügelfleischhygiene außerhalb öffentlicher Schlachthöfe, für den EG-Schlachthof Unna / Fa. FVV Jedowski, den EG-Schlachthof Lünen / Fa. Milk & Beermann sowie den EG-Schlachtbetrieb Mecke GmbH und Co. KG in Werne

Beschluss

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

Die nachstehend aufgeführten Satzungen werden beschlossen:

- Satzung des Kreises Unna vom 28.06.2011 über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Fleisch- und Geflügelfleischhygiene außerhalb öffentlicher Schlachthöfe
- Satzung des Kreises Unna vom 28.06.2011 über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Fleischhygiene am öffentlichen EG-Schlachthof der Firma FVV Jedowski Unna GmbH, Fleischverarbeitung und -vertrieb, Otto-Hahn-Straße 20, 59423 Unna
- Satzung des Kreises Unna vom 28.06.2011 über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Fleischhygiene am öffentlichen EG-Schlachthof der Firma Milk & Beermann, Fleischwaren GmbH & Co. KG, Von-Wieck-Str. 7b, 44534 Lünen
- Satzung des Kreises Unna vom 28.06.2011 über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Fleischhygiene im EG-Schlachtbetrieb der Firma Mecke GmbH und Co. KG, Lippestr. 5, 59368 Werne

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 20

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Bericht zum Zensus 2011

Herr Dr. Timpe berichtet, dass die Erhebungsstelle ihre maximale Größe erreicht habe und etwa fünfzig Prozent der Privathaushalte bereits befragt worden seien.

Die Erhebung erfolge in drei Bereichen:

1. Befragung der Privathaushalte – rd. 45.000 im Kreisgebiet
2. Gebäude und Wohnungszählung
3. Sondererhebungsstelle (z.B. Erhebung bei Alten- oder Wohnheimen)

Die Gebäude- und Wohnungszählung erfolge direkt durch das Land. Hier werde der Kreis im Herbst eingebunden, um Unklarheiten zu klären und Nacharbeiten zu erbringen. Für den Gesamtaufwand sei vom Land etwa 1 Mio. Euro zur Verfügung gestellt worden, die nach den derzeitigen Auswertungen auskömmlich sei. Kalkuliert worden sei bei der Verteilung der Gelder mit einem Anteil von 75 Prozent Befragungen durch die Interviewer vor Ort und von 25 Prozent Teilnehmenden, die per Internet antworten. Dies sei landesweit so nicht eingetreten. Der Anteil der persönlichen Befragungen liege höher und erfordere dadurch einen geringfügig größeren Aufwand als erwartet. Er liege aber immer noch im Rahmen der vorhandenen Mittel.

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 21

122/11

Erstellung einer Machbarkeitsstudie und Konzeption einer Breitbandstrategie für den Kreis Unna
-Vergabe des Auftrages-

Punkt 22

111/11

Auf dem Weg zu einer inklusiven Schullandschaft: Kompetenzzentren im Kreis Unna;
Auftragsvergabe

Punkt 23

067/11

Erweiterung des Lippe Berufskollegs in Lünen

- Vergabe des Auftrags über Rohbauarbeiten -
- Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses -

Punkt 24

081/11

Erweiterung des Lippe Berufskollegs in Lünen

- Vergabe des Auftrags über Metallbauarbeiten -

Punkt 25

092/11

Erweiterung des Lippe Berufskollegs in Lünen

- Vergabe des Auftrags über Sanitärarbeiten -

Punkt 26

107/11

Erweiterung des Lippe Berufskollegs in Lünen

- Vergabe des Auftrags über Elektroarbeiten -

Punkt 27

108/11

Erweiterung des Lippe Berufskollegs in Lünen

- Vergabe des Auftrags über Heizungs- und Lüftungsarbeiten -

Punkt 28

109/11

Erweiterung des Lippe Berufskollegs in Lünen

- Vergabe des Auftrags über Schlosserarbeiten -

Punkt 29

110/11

Erweiterung des Lippe Berufskollegs in Lünen

- Vergabe des Auftrags über Dachabdichtungsarbeiten -

Punkt 30

115/11

Erweiterung des Lippe Berufskollegs in Lünen

- Vergabe des Auftrags über Errichtung der Metallfassade -

Punkt 31

118/11

Umgestaltung der Gartenanlage von Haus Opherdicke in Holzwickede

- Vergabe des Auftrags -

Punkt 32

117/11

Erwerb eines Unimog für den Bauhof

- Vergabe des Auftrags -

- Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses -

Punkt 33

061/11

Neubau der K 44n „Südumgehung“ in Selm

- Vergabe des Planungsauftrags -

Punkt 34

066/11

Deckenerneuerung auf zwei Kreisstraßen

- Losweise Vergabe der Aufträge -

- Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses -

Punkt 35

096/11

Erwerb einer Fläche im NSG »Lippeaue Selm« zur Arrondierung der dortigen kreiseigenen Flächen

Punkt 36

097/11

Erwerb einer Wegeparzelle in Lünen-Brambauer im Zuge der Umsetzung von Landschaftsplan-Festsetzungen

Punkt 37

098/11

Flächentausch in Unna-Hemmerde zum Zwecke des Naturschutzes

Punkt 38

099/11

Punkt 39

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Anlage

Erklärung des Kreistages des Kreises Unna zum Bundeswehrstandort Unna-Königsborn – Antrag der SPD-Fraktion vom 20.06.2011

Ende der Sitzung 17.20 Uhr

Makiolla

Vorsitzender

Bierwolf-Siegrist

Schriftführerin